

**HESSISCHER LANDTAG**17.
16.01.2006Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen**Änderungsantrag
der Fraktion der CDU**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses vom 07.12.2005
Drucksache 16/4934 zu Drucksache 16/4584

Einzelplan 04 Hessisches Kultusministerium

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel: 04 01 Ministerium
Buchungskreis: 2311

Produktnummer lt. Leistungsplan: 1

Produktbezeichnung lt. Leistungsplan: Fach- und Vollzugssteuerung

Veränderung
von auf**Leistungsplan:**

Gesamtkosten	24749	31049
Produktabgeltung	20453	26753

Erfolgsplan:

Pos. Lt. EP	Bezeichnung		
5-8	Betriebsaufwand		
8	- sonstige betriebliche Aufwände	27073600	33373600
9-10	Steuererträge und Leistungsabgeltung	25631400	31931400

Kameraler Haushalt:

Ausgaben		
Hauptgruppe 5	9590600	15890600
Kameraler Zuschuss	-23500900	-29800900

Sonstige Veränderungen:

z.B. Produktblatt, Bewirtschaftungsvermerke, Haushaltsvermerke

Die bei Kap. 04 01 – 538 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2007 in Höhe von 4,0 Mio € wird um 1,5 Mio € auf 5,5 Mio € erhöht.

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kameraler Resthaushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Bis zum Ende des Jahres 2006 soll ein Verwaltungsnetz für die hessischen Schulen aufgebaut werden. In diesem Netz sollen zentrale Anwendungen des Landes für die Schulen in einem gemeinsamen Rechenzentrum (HZD) betrieben werden.

Die Lehrer- und Schüler- Datenbank (LUSD) soll zu einem modernen web-basierten Schulverwaltungsverfahren mit prozessorientierter Menüführung und zentraler Datenhaltung von Schülerdaten, Unterrichtsdaten und Einsatzdaten der Lehrkräfte weiterentwickelt werden.

Mit der „Zentralen LUSD“ und dem landesweiten Schulverwaltungsnetz sollen zugleich die technischen und informationellen Voraussetzungen geschaffen werden für zentrale Aufgaben/Verfahren auf Schulträgererebene, z. B. in den Bereichen Einwohnermeldewesen, Bibliotheks- und Medienverwaltung, Anmeldung an weiterführende Schulen, Schülerbe-förderung, Gastschulbeiträge, Stundenplanprogramme.

Wiesbaden, 16.01.2006

Für die Fraktion der CDU

Der Fraktionsvorsitzende

Dr. Christean Wagner (Lahntal)

